

Absender:

Fraktion BIBS im Rat der Stadt

21-15205

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Home-Office Arbeitsplätze in der städtischen Verwaltung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.01.2021

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Status

09.02.2021

Ö

Sachverhalt:

Ministerpräsident Stefan Weil äußerte sich im SPD-Parteiorgan "Vorwärts" wie folgt: "Ich halte es durchaus für geboten, eine Pflicht zum Homeoffice seitens des Bundes im Verordnungswege zu regeln." - "Arbeitgeber müssten dann darlegen, warum welche Bereiche definitiv nicht ins Homeoffice gehen können. Durch flexiblere Anfangszeiten in Betrieben und Behörden könnte auch der öffentliche Personennahverkehr in Stoßzeiten entlastet werden. Für die Kontrolle der Homeoffice-Verordnung wären in den Ländern Behörden wie die Gewerbeaufsicht zuständig".

Was in anderen öffentlichen Verwaltungen bereits geprobt wird, scheint in Braunschweig derzeit nur vereinzelt auf der Agenda. Anders z.B. in der Stadt Offenburg:

"Einstimmig hat der Haupt- und Bauausschuss am Montag knapp 210 000 Euro für den Aufbau einer "Citrix-Farm" freigegeben. Dahinter steckt (....) eine Server-Infrastruktur, dank der virtuelle und mobile Heim-Arbeitsplätze effizient gesteuert werden können." (Badische Zeitung 20.1.2021). Dies vorausgeschickt unsere ersten zwei Fragen.

1. Wie rüstet sich die Stadt für Home-Office bzw. wie setzt man die Verpflichtungen und Vorgaben bereits um?

2. Für wieviele der über 2.000 städtischen Beschäftigten der Stadtverwaltung und der städt. Gesellschaften könnte HomeOffice ermöglicht werden?

Es ist davon auszugehen, dass das Home-Office allgemein an Gewicht gewinnt und ein erheblicher Anteil der üblichen Büroarbeiten auf das Home-Office verlegt wird, auch wenn vermutlich ein wesentlicher Teil der Büroarbeit weiter auf dem klassischen, vom Arbeitgeber bereitgestellten Büroarbeitsplätzen erfolgen wird. Dies vorausgeschickt unsere dritte Frage:

3. Bezieht die Stadt einen solchen "Strukturwandel" in der Büroarbeit längerfristig in ihre Bedarfsplanungen ein, und wenn ja, von welcher Entwicklung geht die Stadt aus?

Anlagen: keine